



Die EU braucht rechtssichere Gentechnik-Verbote und eine unabhängige Risikobewertung

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

im Juni stimmten die Umweltminister der Mitgliedstaaten mit großer Mehrheit für das sogenannte „Opt-Out“ beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Damit sollen die nationalen Regierungen künftig „leichter“ ein Verbot bestimmter Gentechnik-Pflanzen verhängen dürfen. Also ein großer Erfolg für Millionen Bürgerinnen und Bürger, die Gentechnik auf Acker und Teller ablehnen?

Wir sehen das nicht so. Auch wenn Kommission und Rat das „Opt-Out“ als Fortschritt verbuchen, hat der Ratsbeschluss gravierende Mängel. Vor allem, weil die Mitgliedstaaten zunächst via Kommission bei den Gentechnik-Konzernen nachfragen müssen, ob diese freiwillig auf den Anbau ihrer Pflanzen im jeweiligen Hoheitsgebiet verzichten. Nur wenn die Konzerne das ablehnen, dürfen die Regierungen verbieten – ohne genau zu wissen, ob das rechtliche Fundament dafür stabil genug ist. Das brächte die gewählten Repräsentanten und souveräne Regierungen in die Rolle eines Bittstellers gegenüber Monsanto & Co – den Bürgerinnen und Bürgern Europas ist das nicht zu vermitteln.

Sie als Abgeordnete des EU-Parlaments haben beim Thema Gentechnik ein wichtiges Wort mitzureden. Viele von Ihnen haben genau das getan: bereits 2011 stimmte das Plenum in erster Lesung für eine deutliche Stärkung des Vorsorgeprinzips sowie eine grundlegende Überarbeitung der Gentechnik-Risikobewertung.¹ Grund: der EU-Lebensmittelbehörde EFSA wird immer wieder vorgeworfen, sich zu sehr auf Daten der Gentechnik-Konzerne zu verlassen. Einige EFSA-Experten waren oder sind auch für Lobbyorganisationen der Gentechnik-Branche aktiv. Der Rechnungshof der EU hat die Behörde wegen „Interessenkonflikten“ gerügt.²

Nutzen Sie bitte Ihre Möglichkeiten in den relevanten Ausschüssen, um das „Opt-Out“ deutlich nachzubessern – im Sinne des Umwelt- und Verbraucherschutzes und nicht im Sinne der Gentechnik-Konzerne!

Bauen Sie auf dem Beschluss des EP von 05.07.2011 auf und wirken Sie darauf hin, dass:

- 1) das Vorsorgeprinzip für Risiko-Management und Anbau von Gentechnik-Pflanzen weiter gilt und gestärkt wird,
- 2) eine unabhängige, verbesserte Gentechnik-Risikobewertung durch die EFSA gewährleistet wird,
- 3) die nationalen Anbauverbote auf Grundlage des Umweltrechts der EU (Art. 192 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) erlassen werden, wodurch deren Rechtssicherheit deutlich erhöht würde,
- 4) die Souveränität der EU und ihrer Mitgliedstaaten gewahrt bleibt und Gentechnik-Konzerne nicht konsultiert werden müssen,
- 5) Verbote jederzeit und ohne Angabe sogenannter „neuer objektiver“ Gründe möglich sind,
- 6) für eine etwaige Rücknahme der Verbote Fristen gelten müssen, die den vielen gentechnikfreien Landwirten und Lebensmittelproduzenten Planungssicherheit geben.

1 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0314+0+DOC+XML+V0//DE>

2 http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR12_15/SR12_15_EN.PDF

Umfragen bestätigen immer wieder deutlich: die Wählerinnen und Wähler in der EU wollen keine Gentechnik-Pflanzen auf dem Feld. Es ist jetzt an Ihnen, sich in den Verhandlungen mit Kommission und Rat für echte Verbotsmöglichkeiten des Gentechnik-Anbaus, eine lückenlose Risikobewertung und die Durchsetzung der vollen territorialen Souveränität der Mitgliedstaaten einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschriften

im Namen von:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Gen-ethisches Netzwerk

GeneWatch UK

Gentechnikfreie Regionen in Deutschland

Greenpeace Deutschland

Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit

Naturschutzbund Deutschland

Save Our Seeds

Zukunftsstiftung Landwirtschaft